



Staatskanzlei Rheinland-Pfalz | Postfach 38 80 | 55028 Mainz

Peter-Altmeier-Allee 1
Eingang Deutschhausplatz
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-4771
Mail: Poststelle@stk.rlp.de
www.stk.rlp.de

13. Oktober 2020

[REDACTED]@fragdenstaat.de

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
0831-0001#2020/0052	5. Oktober 2020	Nathalie Even-Gemünde nathalie.even-gemuende@stk.rlp.de	06131 16-5729 06131 16-4721

Ihr Antrag #199499

Wettbewerb beim Rundfunkbeitrag / EU-Wortmarke „BEITRAGSSERVICE“

Sehr geehrte [REDACTED]

hiermit bestätige ich Ihnen den Erhalt Ihres oben genannten Antrags.

Nach § 11 Absatz 2 Satz 1 des Landestransparenzgesetzes muss der Antrag unter anderem die Identität der Antragstellerin oder des Antragstellers erkennen lassen. Vor diesem Hintergrund können wir Ihre Anfragen nur noch bearbeiten, wenn diese Voraussetzung vorliegt. Soweit wir Ihre bisherigen Anfragen ohne eine erkennbare Identifizierung der Antragstellerin oder des Antragstellers bearbeitet haben, werden wir an dieser Verwaltungspraxis zukünftig nicht festhalten. Damit tragen wir den vorgenannten gesetzlichen Vorgaben Rechnung und gewährleisten letztlich eine einheitliche Bearbeitung der Informationsbegehren.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

gez.
[REDACTED]

Anhang: Bitte beachten Sie das nachfolgende Merkblatt „Informationspflicht nach Art. 13 und 14 EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO)“.



Gemäß Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union (EU-DSGVO) sind wir verpflichtet, Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten in der Staatskanzlei zu informieren:

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Chef der Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz, Telefon: 06131/16-0, Fax: 06131/164771, E-Mail: poststelle@stk.rlp.de

2. Kontaktdaten des behördlichen Datenschutzbeauftragten

Behördlicher Datenschutzbeauftragter der Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz, Tel.: 06131/16-0, E-Mail: datenschutz@stk.rlp.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Ihre Daten werden dafür erhoben, um Ihr Anliegen zu bearbeiten. Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c) und e) EU-DSGVO in Verbindung mit § 3 Landesdatenschutzgesetz i. V. m. Art. 11 Landesverfassung und Art. 17 Grundgesetz bzw. § 11 Landestransparenzgesetz (bei einer Anfrage nach dem Landestransparenzgesetz) verarbeitet; bei ausdrücklicher Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) EU-DSGVO.

4. Kategorien der personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden

Die Staatskanzlei verarbeitet die von Ihnen übermittelten personenbezogene Daten.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden gegebenenfalls an die im Anschreiben genannten Stellen übermittelt, um Ihr Anliegen zu prüfen.

6. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Es ist nicht geplant, Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation zu übermitteln.

7. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Ihre Daten werden nach der Erhebung für die Dauer der Bearbeitung Ihres Anliegens oder so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten erforderlich ist; längstens 10 Jahre.

8. Betroffenenrechte

Nach der EU-Datenschutzgrundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 EU-DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 EU-DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 EU-DSGVO). Bitte beachten Sie, dass dann die Bearbeitung Ihres Anliegens gegebenenfalls nicht mehr möglich ist.
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 EU-DSGVO).
- Wenn Sie in die Verarbeitung durch die Staatskanzlei durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.
- Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Staatskanzlei, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Zur Ausübung Ihrer Rechte wenden Sie sich bitte an den behördlichen Datenschutzbeauftragten.

Bei datenschutzrechtlichen Beschwerden können Sie sich an die zuständige Aufsichtsbehörde wenden: Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz, Telefon: +49 (0) 6131 208-2449, Telefax: +49 (0) 6131 208-2497, Webseite: www.datenschutz.rlp.de, E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de